

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(91. - öffentliche - Sitzung am 16. September 2026)

Tagesordnung:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 (Haushaltsgesetz 2027/2028 - HG 2027/2028 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/11240](#) neu

dazu: Eingabe 02088/03/19 - Forderungen des VNSB zum Doppelhaushalt 2027/2028

- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030**
Unterrichtung - [Drs. 19/11406](#)

Der Ausschuss nimmt in gemeinsamer Sitzung mit dem Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ die Vorstellung des Einzelplans 11 - Justizministerium - und des Einzelplans 20 - Hochbauten - unter Einbeziehung der Mipla 2026 bis 2030 durch die Justizministerin entgegen und beginnt mit der Mitberatung.

2. a) **Antrag auf persönliche Unterrichtung der Niedersächsischen Justizministerin zu den justiziellen Berichtswegen im Fall der Ermittlungen gegen den derzeit beurlaubten Präsidenten der Region Hannover und aktuellen Spitzenkandidaten der Berliner SPD um das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Steffen Krach**
- b) **Unterrichtung durch die Justizministerin zu den Ermittlungsverfahren gegen den Präsidenten der Region Hannover Krach und den Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Hannover Karst**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU vom 10. September 2026 unter a) zu, nimmt die Unterrichtung unter b) **zum Teil in vertraulicher Sitzung** entgegen und führt darüber eine Aussprache.